

Verhandlungen zwischen  
Reichszentrale und Berliner Richtung  
nach der Heidelberger Parteitag

Protokoll

der Sitzung zwischen der R.Z. und B.Z. auf Einladung der B. R.Z. am 20. XII. 1919.

Anwesend sind die Mitglieder der B.Z., von der R.Z. Gen. P i e c k, Gen. M e y e r, Gen. F r i e s l a n d; ausserdem 2 Vertreter der Informationsstelle der Opposition aus Bremen.

Auf Ersuchen der R.Z. übernimmt Gen. K ö n i g den Vorsitz.  
Anfang der Sitzung um 11 1/2 Uhr vorm.

Gen. P i e c k : Wir haben Euch eingeladen, um uns einmal über die gegenwärtigen Verhältnisse in Berlin gründlich auszusprechen. Die Situation in Berlin hat sich in der letzten Zeit sehr zugespitzt. Die sachlichen Gegensätze treten immer mehr in den Hintergrund und machen einer gehässigen, persönlichen Kampfweise platz. Dadurch wird natürlich eine Verständigung sehr erschwert. Der Ton der letzten Nummer der "Roten Fahne" zum Beispiel war wirklich nicht schön. Wir sind der Ansicht, daß die sachlichen Gegensätze zwischen uns nicht so groß sind, als daß eine Verständigung <sup>nicht</sup> möglich wäre. Sie wenden stets ein, Sie haben keine Spaltungsabsichten, die Zentrale sei es, die die Partei spalten wolle. Das ist aber durchaus nicht der Fall, es kam der Zentrale bei der Abfassung der Leitsätze lediglich auf eine programmatische Grundlage an gegenüber gewissen syndikalistischen Tendenzen, die sich mit der Zeit in unserer Partei breit gemacht haben. Es ist zu prüfen, ob die Berliner auf einem syndikalistischen Standpunkt stehen oder nicht.

Beim Parlamentarismus handelt es sich um keine Herbeiführung eines Beschlusses um Beteiligung oder Nichtbeteiligung, die Entscheidung

hierüber soll ja erst die nächste Reichskonferenz fallen; es handelt sich darum, ob Ihr prinzipiell die Beteiligung am Parlament in revolutionären Zeiten ablehnt.

Besüglich der Betriebsorganisation sind ja die Meinungen bei Euch auch noch geteilt. Mit einer B.O., die nur Mitglieder der K.P.D. aufnimmt, sind auch wir einverstanden. ~~Wicht~~ Dieselbe muß aber einen ausgesprochen politischen Charakter tragen. Nicht aber einverstanden können wir sein mit einer B.O., die lediglich ein Gewerkschaftseratz sein soll. Dazu können wir unsere Kräfte nicht hergeben. Auch mit einer B.O., die ein Sammelsurium für alle "revolutionären Elemente" sein soll, sind wir nicht einverstanden. Mit den Tendenzen, die die Partei auf andere Wege bringen wollen, muß endgültig gestochen werden.

Der "Nationale Kommunismus" von Laufenberg muß abgelehnt werden.

Wir müssen verlangen, daß unsere Mitglieder in den Gewerkschaften kommunistische Fraktionen bilden. Auf keinen Fall darf der Standpunkt vertreten werden, daß ein Kommunist nicht Mitglied einer Gewerkschaft sein darf. Von Partei wegen dürfen wir die Gründung von Arbeiter-Unionen oder Betriebsorganisationen nicht vornehmen. Das ist Sache der Arbeiterschaft, wenn es unbedingt notwendig ist, aber nicht Sache der Partei, wir dürfen uns weder aktiv noch finanziell daran beteiligen.

Nun zur Frage der Anerkennung der Zentrale. Es handelt sich hierbei nicht um die Personen, sondern um das Prinzip. Sie ist kein Provisorium, sie ist von einer Mehrheit auf der letzten Reichskonferenz gewählt worden und muß also als rechtmässig anerkannt werden, wenn die Partei nicht zur Lächerkeit werden soll.

Der Föderalismus ist abzulehnen.

Die Literatur von uns muß verbreitet werden, wenn auch die Funktionärskonferenz das abgelehnt hat.

Die persönliche Kampfweise muß unbedingt aufhören. In den Versammlungen müssen die Vertreter der R.Z. gehört werden. Das Organ der Berliner muß auch in diesem Sinne gehalten sein. Die Tendenz desselben muß mit dem Grundgedanken der Reichskonferenz übereinstimmen.

Die Zentrale muß zu den Sitzungen der Berliner hinzugezogen werden. Die Gegensätze sind unserer Meinung nach nicht so groß, als daß sie nicht überbrückt werden könnten.

In aller Kürze, wahrscheinlich Ende Januar, wird ein Parteitag zusammen berufen werden. Anfang Januar werden wir eine Bezirksausschußsitzung einberufen, zu der die Bezirke, die die Leitsätze anerkennen, eingeladen werden. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Opposition hierzu nicht hinzugezogen wird. Wir wollen deshalb die Stellung von Berlin kennen lernen, um zu wissen, ob Berlin auch zu dieser Bezirksausschußsitzung eingeladen wird oder nicht. Diese Sitzung wird entscheiden, ob auf dem Parteitag die Opposition zugelassen wird oder nicht.

Wir hoffen durch eine offene Aussprache zu einer Verständigung zu kommen.

Es sind also drei Hauptpunkte, die Berlin erfüllen muß:

- 1.) Ablehnung des Föderalismus.
- 2.) Ablehnung der Betriebsorganisation als Gewerkschaftersatz.
- 3.) Anerkennung des Parlamentarismus als politisches Kampfmittel auch im revolutionären Kampf.

Gen. K ö n i g schlägt vor, abwechselnd einen von jeder Seite sprechen zu lassen.

Gen. Meyer: Wir lehnen auch die B.O. ab, wenn sie politische und wirtschaftliche Funktionen ausüben will.

Gen. S t u c k-Bremen fragt an, wie weit die Kompetenzen bei dieser Sitzung gehen und welche Ziele gesteckt sind.

Gen. M e y e r will wissen, wer alles zu dieser Sitzung eingeladen ist.

Gen. R a s c h : Wenn die Einigung der Partei gewünscht wird, müssen diese

Fragen nicht nur von Berlin, sondern von allen, die im gleichen Fahrwasser wie wir schwimmen und allen, deren Delegierten auf der letzten Reichskonferenz ausgeschlossen werden, gelöst werden. Deshalb haben wir jemand von Bremen als Vertreter der Informationsstelle eingeladen. Die Einigungsfrage ist nicht nur für Berlin, sondern für ganz Deutschland von grosser Wichtigkeit. Bei der letzten Besprechung habe ich den Vertretern der R.Z. doch auch gesagt, daß solche Fragen nicht mit Berlin allein verhandelt werden können. Wenn Sie über diese Sachen mit uns allein verhandeln wollen, ist jede Verhandlung illusorisch. Schliesslich liegt Ihnen ja auch an einer Verständigung nicht nur mit Berlin, sondern mit der gesamten Opposition.

Gen. P i e c k : Ihr Werft der Zentrale Spaltungsabsichten vor und tretet bereits mit einem fertigen Apparat auf; ich stosse mich aber nicht daran ½

Bremer Genosse: Die Hamburger haben die Richtung Wolfheim und Lauffenberg abgeschüttelt, so dass jetzt die Opposition als geschlossenes Ganzes dasteht. Wir sind hergekommen, um zu sehen, ob es der Zentrale wirklich an einer Einigung gelegen ist,

Gen. M e y e r : Die Mitglieder der Zentrale haben lediglich den Auftrag mit den Berlinern über die Vorgänge in Berlin zu sprechen; wir haben aber keinen Auftrag, mit der Informationsstelle zu verhandeln. Wir lehnen aber trotzdem die Verhandlungen mit den Berlinern in Gegenwart der Bremer nicht ab. Die Verhandlungen müssen aber in diesem Rahmen bleiben.

Gen. M i l l e r: Wenn die R.Z. ablehnt, die Verhandlungen mit der Opposition zu führen, verlange ich, dass die Berliner dieselben ablehnen,

Gen. S c h r ö d e r ; Durch die Ablehnung unserer Resolution seitens der R.Z. ist die Berliner Organisation gezwungen worden, sich mit der Opposition zusammenzuschliessen. Das ist der R.Z. auch bekannt und muss von ihr anerkannt werden.

Die Genossen aus Bremen sind nicht als Gäste, sondern als Vertreter der Opposition anwesend. Die Verhandlungen brauchen deswegen nicht abgebrochen werden.

Gen. M e y e r: Wir haben nicht gewusst, dass die Berliner die Opposition zu den Verhandlungen eingeladen haben. Wir alle drei Personen haben nicht den Auftrag, mit der Opposition zu verhandeln. Wenn die Berliner die Verhandlungen ablehnen, wenn die Vertreter der Opposition nicht zugelassen werden, dann können wir eben nicht verhandeln.

Gen. R a s c h: Der Standpunkt, den Berlin einnimmt, wird von der gesamten Opposition geteilt. Es können bei den Verhandlungen Fragen auftauchen, die die gesamte Opposition interessieren. Ich schlage deshalb vor, dass wir in die Verhandlungen eintreten und die Bremer Genossen hierbleiben und in die Debatte eingreifen können. Bindende Beschlüsse können sowieso heute nicht gefasst werden, wir können heute nur gewisse Vorarbeiten erledigen.

Gen. P i e c k: Ich habe einen anderen Vorschlag zu machen. Heute ist ja keine beschliessende Sitzung. Die ganze Sache ist als eine gegenseitige Beriechung aufzufassen. Die Vertreter Bremens können zur Information hierbleiben, dürfen aber nicht in die Debatte eingreifen.

Gen. S c h r ö d e r: So geht das nun doch nicht. Wir sind eine geschlossene Opposition. Ich sehe aber schon, worauf das Ganze hinausläuft. Die R.Z. geht heute in den Bezirk, morgen in den Bezirk und versucht, abzubrockeln. Wir verlangen, dass die Genossen aus Bremen als zu recht hier anwesend angesehen werden.

Gen. M e y e r: Wir haben den Auftrag, nur mit Berlin zu verhandeln. Wenn Sie die Verhandlungen ausgestalten wollen zu Verhandlungen mit der Informationsstelle, können wir nicht mitmachen.

Gen. Miller bittet die R.Z., einen Augenblick hinauszugehen, damit die Berliner sich aussprechen können. Es wird demgemäss beschlossen.

Bremer Gen. : Wenn eine Basis zur Einigung gesucht wird und die R.Z. uns nicht sprechen lassen will, so ist das ein Zeichen, dass sie jetzt von Bezirk zu Bezirk Verhandlungen anzubahnen versucht. Ich schlage vor, dass die Berliner als Teil der Opposition verhandeln und auch die Bremer als Teil der Opposition und nicht als Informationsstelle auftreten.

Gen. S a c h: Wir können <sup>offiziell</sup> keinen Moment verhandeln, wenn die R.Z. Verhandlungen mit der Opposition ablehnt.

Gen. R a s c h: Ich bin dafür, dass heute unbedingt verhandelt wird. Es muss die Festsetzung des Parteitages verlangt und die Frage der "Roten Fahne" besprochen werden. Ich schlage vor, dass wir verlangen, dass die Bremer zu informatorischen Zwecken hierbleiben können. Er verliest dann die Forderungen, die der R.Z. überreicht werden sollen.

Es wird demgemäss beschlossen.

Die R.Z. erscheint wieder.

Gen. R a s c h: Wir sind uns darüber einig geworden, dass unsere Verhandlungen, soweit sie rein Berliner Angelegenheit betreffen, nur von den Berlinern geführt werden. Wenn sie darüber hinausgehen, müssen die Bremer Genossen als Vertreter der Informationsstelle gelten und in die Debatte eingreifen dürfen. Als Berliner Lokalangelegenheiten betrachten wir lediglich die Frage der Versammlungen und sonstigen Agitation und die der „Roten Fahne“. Was darüber hinausgeht, ist Sache der Opposition und gehört nicht in den Rahmen der heutigen Verhandlungen.

Gen. M e y e r: Ihr wollt also nur in Verhandlungen über rein Berliner Angelegenheiten eintreten? Wir können dem nicht zustimmen, dass wir jetzt auch mit den Bremer Genossen als Vertretern der Opposition verhandeln. Deshalb schlage ich vor, nur die Berliner Angelegenheit zu besprechen. Mit diesem Vorschlag sind alle einverstanden.

Gen. R a s c h: Berlin steht auf dem Standpunkt, dass die Frage des Parlamentarismus und der Betriebsorganisation auf einem künftigen Parteitag entschieden werden muss, der von allen Bezirken besucht wird. Es darf kein Bezirk und keine Person, auch nicht die 18 Delegierten, als ausserhalb der Partei stehend betrachtet werden. Zu diesem Parteitag müssen die einzelnen Bezirke, auch die der Opposition, entsprechend der Gesamtstärke der Organisation, zugelassen werden. Die einzelnen Zirkel, die die R.Z. in den oppositionellen Bezirken geschaffen hat, haben kein Anrecht auf eine Vertretung zu diesem Parteitag. Bis zu diesem Parteitag brauchen wir uns über die Frage des Parlamentarismus und der Betriebsorganisation nicht weiter unterhalten.

Nun zu den Versammlungen. Die Geschichte kann nicht so weiter gehen wie bisher. Die R.Z. hat, ohne sich mit dem Bezirk vorher in Ver-

Verbindung zu setzen, allerwärts für sich Versammlungen einberufen. Dort werden gerade die strittigen Fragen, die/ erst auf dem Parteitag geklärt werden sollen, ans Tageslicht gezerrt. Die Referenten beliebten es, gerade diese Fragen in den Vordergrund der Referate zu rücken und die Differenzen auf öffentlichem Markte auszutragen. Wenn das so weiter geht, ist bald die Berliner Organisation und die R.Z. desorganisiert. Die Kommunistische Partei ist durch diese Vorgänge bei den Massen sehr in Misskredit gekommen. In die Versammlungen kommen meist nur Mitglieder, Indifferente bleiben demselben aus diesem Grunde fern. Wenn das so weiter geht, haben wir in kurzer Frist den Boden in Berlin verloren. Bisher war es stets üblich, dass die Organisations- und Agitationsarbeit von dem betreffenden Bezirk geleistet wird. Wenn die obere Stelle ihn unterstützen will durch Einberufen von Versammlungen usw., so kann das nur in harmonischer Verbändung mit dem Bezirk geschehen. Die "Rote Fahne" der R.Z. wird als Zentralorgan der K.P.D. herausgegeben. Ich frage, mit welchem Recht? Darüber hat doch wohl nur der Parteitag zu bestimmen. Auch die Besetzung der Redaktion muss vom Parteitag geregelt werden. In Folge dieser Umstände können wir die "R.F." der R.Z. nur als Lokalblatt für Berlin betrachten. Die Wahl der Redakteure muss dann auch von der Berliner Organisation vorgenommen werden! Da die Finanzierung des Blattes aber von der R.Z., muss sie ja schliesslich auch etwas Einfluss auf die Haltung des Blattes bekommen und einen Redakteur zugebilligt erhalten. Die Haltung der R.Z. in dieser Frage erinnert mich lebhaft an den Vorwärts-Skandal. Es kann aber auch sein, dass die R.Z. der Auffassung ist, dass die Partei sich bereits in zwei Teile gespalten hat. Dann muss Berlin und die gesamte Opposition natürlich eine andere Stellung zu der Frage einnehmen.



Wenn unsere Wünsche erfüllt werden, lassen wir unsere "Rote Fahne" fallen. Aber nur unter der Bedingung, dass die "Rote Fahne" dann auch den Berliner Standpunkt vertritt. Die R.Z. kann ihren Standpunkt dann in besonderen Artikeln in der Zeitung vertreten. Wir würden die Referenten der R.Z. sprechen lassen und ihr Material verbreiten unter der Voraussetzung, dass die R.Z. die Leitsätze als nicht bindend ansieht.

Gen. M e y e r: Die Voraussetzung für ein solches Zusammenarbeiten ist, dass die Berliner Organisation auch ihrerseits die Vertreter der Zentrale behandelt wie früher. Ein Ausschalten der R.Z. darf nicht mehr stattfinden. Es müsste ein gegenseitiges Hand in Handarbeiten eintreten.

Die "Rote Fahne" war bereits Zentralorgan der K.P.D. vor dem Gründungsparteitag. Ein neuer Beschluss hierüber war infolgedessen auf dem ersten Parteitag nicht notwendig. Die Besetzung der Redaktion geschieht natürlich durch die R.Z. Die Funktionäre brauchen auf dem nächsten Parteitag nur bestätigt werden. Berlin stellt jetzt eine ganz neue Forderung auf. Den Beschluss, die "R.F." als Zentralorgan abzuschaffen, und als Berliner Organ zu betrachten, kann nur der Parteitag fassen. Bis zum Parteitag kann hierin keine Änderung eintreten.

Gen. S c h r ö d e r: Die Voraussetzung für ein Zusammenarbeiten ist, dass die R.Z. die unrechtmässigkeit der Leitsätze anerkennt und dieselben nicht als Sieb gelten lässt. Sonst stände demnach Berlin ausserhalb der K-P-D. Unter besonderen Umständen, wenn es besonders eilig ist, wie bei plötzlich ausbrechenden Streiks, Putschen usw. kann die R.Z. Versammlungen einberufen, da sie schliesslich nicht immer gleich Gelegenheit hat, sich mit der Bezirksorganisation in Verbindung zu setzen.

Wenn sie dieselben aber einberuft, um die Leitsätze zu diskutieren, überschreitet sie ihre Befugnisse. Es kann in den Versammlungen der R.Z. nur so verfahren werden, wie Genosse Lewi es neulich gemacht hat, indem er die strittigen Fragen überhaupt nicht angeschnitten hat.

Bezüglich der "R.F." bin ich anderer Ansicht wie Genosse Rasch. Wenn die R.Z. dieselbe finanziell unterstützt, hat sie durchaus noch kein Anrecht auf Mitbesetzung der Redaktion. Mit demselben Recht könnte ein Kommerzienrat, der eine Zeitung finanziert, verlangen, dass ihm genehme Leute in die Redaktion kommen. In der Redaktion der "R.F." befinden sich ausgerechnet Leute, die auf dem rechtesten Flügel der Partei und damit in schärfstem Gegensatz zu Berlin stehen, wie Brandler, Heckert, Klara Zetkin usw. Wir verlangen nicht nur einen Lokalredakteur zugebilligt, sondern zumindest paritätische Besetzung der Redaktion. Bis diese Frage geregelt ist, muss unsere Berliner "Rote Fahne" weiter erscheinen.

Gen. F r i e s l a n d: Die R-Z. besteht nicht auf dieses oder jenes Wort der Leitsätze. Sie verlangt nur irgend eine theoretische Grundlage. Die Berliner sollen den Versuch machen, eine Antwort zu geben, ob das, was als Extrakt der Leitsätze dargelegt wurde, als Grundlage als gemeinsamer Boden zu betrachten ist. Wenn sie mit unseren Vorschlägen nicht einverstanden sind, sollen sie wenigstens angeben, was sie daran auszusetzen haben. Wir wollen wissen, wie Ihrdenkt.

Wir hatten keine Verbindungsmöglichkeit mit den Berliner Genossen und mussten deshalb die Versammlungen aus uns selbst einberufen. Die organisatorische Verbindung ist nur möglich, wenn sie auf Gegenseitigkeit beruht.

Gen. R i e d e l: Die Besetzung der Redaktion bedarf der Bestätigung des Parteitages. Der Punkt 8 der Leitsätze muss fallen gelassen werden, dann können wir erst weiter diskutieren. Genosse Friesland behauptete, dass die R.Z. keine Verbindung mit uns hat. Nun, es hat sich dieselbe selbst zerschlagen. Ich schlage vor, dass die Referenten auf eine Liste gesetzt werden und Berlin dieselben dementsprechend auf die Versammlungen verteilt. Die Referenten dürfen sich aber nur an die Tagesordnung halten, die B.O. darf nicht bekämpft werden. Darüber soll ja erst der Parteitag entscheiden, und dem werden wir uns fügen. Jetzt ist der Zustand so, dass in den Versammlungen zwei Parteien auftreten. Jetzt tauchen auch die Genossen auf, die während des Belagerungszustandes verschwunden waren. Als Referenten müssen alle Genossen hinzugezogen werden mit dem einzigen Zweck, über die Tagesfragen unter Ausschaltung der Parteistreitigkeiten zu sprechen. Allen Mitgliedern muss freies Rederecht eingeräumt werden. Auch in den Mitgliederversammlungen. In der Agitation darf keine Hinterlist aufkommen.

Gen. M e y e r: Auf die letzten Vorwürfe des Genossen Riedel betreffend Hinterlist will ich nicht weiter eingehen. Genosse Riedel befindet sich sachlich im Unrecht. Alle Redner, die jetzt bei uns auftreten, haben auch früher gesprochen. Die "Rote Fahne" erschien seinerzeit als Zentralorgan in Berlin. Dann wurde sie nach Leipzig verlegt - Leipzig hat keine Redakteure beansprucht. Es sind doch noch dieselben Redakteure wie früher! In der Forderung, die Zeitung als Berliner Organ erscheinen zu lassen, kann die R.Z. nicht entgegenkommen. (Zwischenruf von Rasch: Wir fordern andere Besetzung und Beteiligung Berlins an der Redakti

Dann müssen aber andere Redakteure ausscheiden. Sie wollen doch auch ein Berliner Organ haben, das ihre Auffassung vertritt.

Über die Versammlungen haben einige wohl unverständliche Auffassungen. Es ist unmöglich, über die Parlamente und B.O. dabei nicht zu diskutieren. Ueberall redet man davon. Wir müssen uns nur die Frage vorlegen, ob solche Diskussionen auf einem gemeinsamen Boden möglich sind.

Gen. H e i n e n: Wenn auf beiden Seiten der Wille zur Verständigung vorhanden ist, ist eine Einigung sehr wohl möglich. Die R.Z. muss aber unbedingt die Einberufung eines Parteitages zusagen. Bis zu dieser Zeit muss allen Organisationen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Meinung zum Antrag zu bringen. Sie, Genosse Meyer und Päck, sind ja von den internen Angelegenheiten der Partei garnicht informiert. Wir sind von den Leitsätzen auf der Konferenz überrascht worden. Die Stellung dazu wurde uns direkt aufgezungen. Auf dem ersten Parteitag hat die Partei sich festgelegt, dass eine Beteiligung am Parlamentarismus nicht in Frage kommt. (Zwischenruf: Das ist nicht der Fall!) Das ist doch der Fall!!! Die Leitsätze sind Kautschuk und sehr dehnungsfähig. Aus diesem Grunde haben wir dagegen gestimmt.

Auf der Reichskonferenz haben wir nicht erklärt, dass wir nicht auf dem Boden der Leitsätze stehen. Lediglich Wolfheim und Laufenberg haben das erklärt. Die übrigen 16 Delegierten gaben die Erklärung ab, dass sie auf dem Boden der Leitsätze stehen und nur aus formalen Gründen dagegen stimmen, weil dieselben den Bezirken noch nicht vorgelegen hatten. Eberlein aber löste kurzerhand die Sitzung auf. Am Nachmittag traten die Bezirksführer und die R.Z. zusammen und diese schlossen die 18 Delegierten aus.

Die Konferenz hatte nachher kein Recht mehr, sich eine Leitung zu wählen. Wenn der gute Wille <sup>be</sup> vorhanden ist, dann darf es kei-  
ner weiteren Verhandlung mehr.

Die Zentrale hat ohne Zweifel das Recht, die "R.F." als Zentral-  
organ herauszugeben. Das Mitbestimmungsrecht Berlins muss aber  
gewahrt bleiben. Die Zentrale kann ja ein<sup>s</sup> oder zwei Kräfte in  
die Redaktion übernehmen. Mit einigermaßen Takt und gutem Willen  
ist eine Verständigung möglich. Der eigentliche Grund der Spaltung  
ist in persönlichen Rivalitäten zu suchen. Die Hamburger Genos-  
sen waren mit den Personen der Zentrale nicht einverstanden.  
(Meyer: Zwischen <sup>und</sup> Hamburg klaffen aber grosse theoretische Ge-  
gensätze.) Die sind aber erst künstlich auf die Spitze getrieben  
worden. Ein Parteitag muss einberufen werden und der muss in der  
Frage entscheiden.

Bremer Genosse: Durch Missverstehen wächst die Opposition von Tag zu Tag.  
Man muss unterscheiden zwischen der grundsätzlichen Opposition  
und der Opposition, die aus den von Heinen angeführten Gründen  
entstanden ist. Bereits am dritten Tage erschienen die beiden  
Genossen, die grundsätzlich in Opposition standen, auf der Reichs-  
konferenz nicht mehr. Ein Antrag vom Bezirk Nordwest verlangte  
an diesem Tage, dass jetzt erklärt wurde, was jetzt mit den ande-  
ren 16 Delegierten geschieht. Eberlein löste dann einfach den  
Kongress auf und eine Sitzung der Sekräte mit der Zentrale zusam-  
men bestimmte den Hinaus<sup>gang</sup> der Delegierten. Die Zentrale  
stösst jetzt hartnäckig auf die Opposition, die nicht grundsätz-  
lich Gegner ist, ab. Dieser Zustand kann nicht weiter gehen.  
Solange die Zentrale ihr Vorgehen für richtig hält, müssen wir in  
der Opposition eng zusammenstehen.

Gen. P i e c k: Mit den Genossen, die die Leitsätze nur aus den formalen Gründen ablehnen, ist meiner Meinung nach eine Verständigung wohl möglich. Woraus sind eigentlich die Differenzen erwachsen? Aus den syndikalistischen Strömungen, die sich allmählich in unserer Partei breit machten. Wir müssen die Leute scharf absondern, die die Partei als Führerin im Klassenkampfe nicht anerkennen. Wenn die Genossen erklären, dass in den Leitsätzen nichts steht, das dem Programm und der Taktik der Partei widerspricht, können wir sehr wohl zusammenkommen. Etwas anderes darf kein Grund zur Spaltung sein. Der Beschluss der Funktionärsitzung, nichts von der R.Z. zu verbreiten, muss aber unbedingt rückgängig gemacht werden.

Gen. S a c h: Die Berliner haben durchaus nicht beschlossen, jede Veröffentlichung der R.Z. abzulehnen. Es wurde extra erklärt, dass ein solcher Beschluss nicht besteht. Lediglich ein Antrag der R.Z., der Berlin verpflichten wollte, alle Erzeugnisse der R.Z. unterschiedlos zu verbreiten, wurde abgelehnt.

Gen. P i e c k: Unsere Kämpfe gegen Berlin haben keinen persönlichen Charakter. Dagegen wird von der anderen Seite oft mit sehr gehässigen Argumenten gearbeitet. Als Beispiel möchte ich die letzte Nummer der "Roten Fahne" erwähnen, worin den Mitgliedern der R.Z. vorgeworfen wurde, dass sie sich zur Zeit des Belagerungszustandes feige gedrückt hätten und jetzt wieder auftauchen. Solche Vorwürfe sind direkt skandalös. Unter solchen Umständen ist es tatsächlich bequemer und angenehmer, ins Gefängnis zu gehen, als draussen zu wirken.

Die Besetzung der Redaktion muss durch die Zentrale erfolgen und durch den Parteitag endgültig geregelt werden. Als Zentrale haben wir das Zentralorgan weiter geführt- Daram lässt sich nicht

ändern.

Ein Zusammenarbeiten ist nur möglich, wenn Ihr die persönlichen Verdächtigungen in Eurer "R.F." unterlässt. Die Pressekommision muss unbedingt darauf dringen. Im übrigen kann sie ja als Wochenblatt ruhig weiter beibehalten werden.

Wir haben aber in allernächsten Tagen Aufgaben zu erledigen, die ein enges Zusammenarbeiten notwendig machen. Wir müssen unbedingt in Kürze 20 Versammlungen über Gross Berlin einberufen, die gegen das Betriebsrätegesetz Sturm laufen. Dann muss zum 14. Januar eine Gedächtnisfeier veranstaltet werden. Die U.S.P. hat bereits ihre Vorbereitungen dazu getroffen. Wir dürfen doch nicht durch dieselbe beschämen lassen. Diese Aufgaben können nur gemeinsam gelöst werden.

Gen. T h y s s e n spricht über die Schädlichkeit der Gewerkschaften und erläutert an Hand von zahlreichen Beispielen, dass die B.O. tatsächlich der Nährboden der Partei ist.

Gen. R a s c h: Wir müssen uns jetzt auf bestimmte Richtlinien festlegen! Ein Zusammenarbeiten ist nur auf einer gewissen Grundlinie möglich. Wir sind nur auf Grund der Beschlüsse der Mitglieder in der Lage, zu verhandeln. Zunächst müssen wir die sofortige Einberufung eines Parteitages verlangen, der spätestens Ende Januar stattfinden muss und zu dem sämtliche Bezirke geladen werden. Keiner darf als ausgeschlossen gelten, auch keine Personen, weil sie nicht auf dem Boden der Leitsätze stehen. Die Sonderzirkel dürfen keine Delegationen entsenden. Die organisatorischen und agitatorischen Arbeiten für Berlin hat nur die Berliner Organisation zu leisten. Eventuelle Aktionen der R.Z. haben nur im Einvernehmen mit der Berliner Organisation zu erfolgen. Die Frage der "R.F." würden wir ev. fallen lassen.

Keine Bezirksorganisation hat gefordert, dass die B.O. über der

der Partei stehen oder sie ersetzen soll, oder dass die Partei in die B.O. aufzugehen hat. Ueber die Teilnahme an den Betriebsratswahlen muss der Parteitag entscheiden. Hat er entschieden, so muss sich die Organisation fügen. Wer sich nicht fügt, hat dann die Konsequenzen zu ziehen.

Ge. Schröder: Alle weiteren sich daraus ergebenden Schritte können erst erfolgen nach Anerkennung dieser Voraussetzungen.

Gen. Meyer: Die Forderungen müssen wir erst der Zentrale zur Beschlussfassung überweisen. Wir können hierüber keine Entscheidung treffen. Ich schlage vor, Sie formulieren Ihren Standpunkt schriftlich und übergeben uns denselben. Wollen wir nun weiter unverbindlich weiter verhandeln, ohne dass wir auf Ihren Standpunkt eingehen und an die Lösung der nächsten Aufgaben herangehen?

Gen. Schröder: Unser Standpunkt ist genau präzisiert in Leitsätzen niedergelegt und in der Zeitung veröffentlicht. Die Richtlinien sind auch der R.Z. offiziell überreicht worden, so dass sie unseren Standpunkt wohl kennen müsste.

Gen. Meyer: Es gibt nach unserer Auffassung mehrere Bezirke und Ortsgruppen, die nicht mehr auf dem Parteiprogramm stehen. Darüber wollen wir Klarheit haben. Das Lippenbekenntnis zum Parteiprogramm und die zufällige Zugehörigkeit zur Partei können uns nicht massgebend sein. Was nutzt es, wenn einige Organisationen dauernd erklären, sie stehen auf dem Boden des Parteiprogramms und fassen in jeder Sitzung Beschlüsse, die unserem Programm widersprechen.

Gen. Schröder: Nicht die Leitsätze, sondern das Programm der K.P.D. muss für die Zugehörigkeit zur Partei massgebend sein.

Gen. Pieck: Die Leitsätze bestehen, sie sind von der Reichskonferenz angenommen worden. Wenn Ihr im Prinzip auf dem Boden derselben



steht, in einigen Punkten aber nicht derselben Anschauung sein, könnt Ihr ja Abänderungsanträge stellen. Im übrigen möchte ich bitten, sich nicht so genau auf einen Termin zur Einberufung des Parteitages festzulegen! ~~XXXXXXXX~~

Bremer Gen: fragt, ob die R.Z. bereit ist, mit den hier anwesenden Vertretern der Opposition in offizielle Besprechungen einzutreten.

Gen. M e y e r: Ich kann das nicht versprechen, ich werde aber Euren Wunsch in der nächsten Sitzung der Zentrale am Montag vorbringen.

Bremer Gen. gibt der R.Z. den Auftrag, die Opposition so zu behandeln, wie es ihr zukommt und sie mit Material nicht auf's Trockne zu setzen. Bremen hat seit der letzten Konferenz keinerlei Material mehr bekommen. Das Rundschreiben Nr. 1 ist noch nicht in ihre Hände geraten, wo andere Bezirke bereits das Rundschreiben Nr. 6 haben. Von Berlin wird dasselbe berichtet.

Gen. M e y e r: Wir machen keinen Unterschied bei der Materialversorgung der Bezirke. Entweder hat die Post die Schuld oder es ist keine Bremer Adresse in unseren Händen. Ich werde jedenfalls die Sache weiter verfolgen.

Schluss der Sitzung um 3 Uhr.

.....